

Stimme der Freiheit

Mitteilungen für Mitglieder und Freunde der
FBU, der Sturmtruppe für die Demokratie

Nr. 3/18

Juli 2018

20. Jahrgang

Demokratie (er)leben

Liebe Freunde, man hat den Eindruck, man lebt nur noch unter gleichgeschalteten Lemmingen. Geht es Ihnen nicht auch so? Schauen Sie sich mal auf Ihrer Arbeit um. Wie in einer Diktatur wagt niemand mehr Widerspruch gegen die Systemparteien. Ohne Querdenker aber endet jede Demokratie in Unfreiheit für alle. Dann ist es endgültig vorbei mit jeder Art von Verantwortung, Mitbestimmung und Freiheit. Deshalb bitte ich Sie: Unterstützen Sie unser Projekt **Demokratie (er)leben**. Den Zeitungen laufen die Leser davon, den Zwangs-Gebühren-Sendern die Zuschauer, den Parteien die Wähler. Deshalb: Werben Sie Ihre Freunde, Bekannten und Verwandten für die FBU. Bei uns wird sehr befruchtend und kontrovers diskutiert, - unter Achtung vor dem Andersdenkenden. Zudem können Sie für *jede* Mitgliederwerbung eine jährlich wiederkehrende, ja lebenslange Werbe-Rente erhalten. Oder fördern Sie unsere Zeitung, fördern Sie die *Stimme der Freiheit* mit einer Spende. Unser Hilfskonto: Sparkasse Saarbrücken, **IBAN: DE36 5905 0101 0029 0126 55**.

Demokratie (er)leben: Der Politik-Begriff in der Demokratie

Der Sohn kommt zum Vater und will erklärt haben, was Politik ist. Der Vater überlegt, wie man so etwas einem Schüler der 6. Klasse am besten erklären kann. Er sagt: „Am besten verstehst Du es, wenn ich es Dir an einem Beispiel erkläre. Nehmen wir unsere Familie:

Ich, der das Geld verdient und nach Hause bringt, ich bin das Kapital. Deine Mutter, die es verwaltet und ausgibt, ist die Regierung. Das Hausmädchen, das für uns arbeitet, ist die Arbeiterklasse. Dein Opa, der darauf achtet, daß alles mit rechten Dingen zugeht, ist die Gewerkschaft. Du selber, den wir betreuen und versorgen, du bist das Volk.

Dein kleiner Bruder, der noch in den Windeln liegt, ist die Zukunft. Hast Du das verstanden?“ „Darüber muß ich erst noch einmal schlafen und nachdenken“, antwortet der Sohn.

Des Nachts erwacht der Sohn vom Geschrei seines kleinen Bruders, weil der die Windel voll hat. So geht er zum Schlafzimmer der Eltern. Sein Vater ist nicht da, seine Mutter liegt verpackt im Tiefschlaf und läßt sich nicht stören. Nun geht er zum Zimmer des Dienstmädchens und findet dort seinen Vater mit dem Dienstmädchen im Bett. Auch die beiden lassen sich nicht stören.

Durch das Fenster schaut von außen der Opa zu. So geht der Sohn wieder in sein Bett und denkt sich seinen Teil. Am anderen Tag beim Frühstück fragt der Vater den Sohn: „Nun, wie sieht es aus mit der Politik? Hast du darüber nachgedacht und hast du es verstanden?“ „Ja“, sagt der Sohn, „und ich kann es auch mit eigenen Worten erklären:

Das Kapital mißbraucht die Arbeiterklasse. Die Gewerkschaft schaut untätig zu. Die Regierung schläft, und das Volk wird völlig ignoriert, - während die Zukunft in der Scheiße liegt!“

Das Kreuz bleibt, - auch im Saarland?

„Haben wir schon die Scharia?“, „Mekka Deutschland“, „Die stille Islamisierung!“ Mit diesen Schriftzügen warnte der „Spiegel“ bereits im Jahre 2007 (Ausgabe 13) vor gewalttätigen Muslim-Machos, vor „Ehrenmorden“ und unterdrückten Frauen, vor muslimischen Subkulturen, vor Parallelgesellschaften und vor einer „schleichenden Islamisierung!“ Wohl gemerkt, das war anno 2007.

Die FBU fordert, wie in Bayern, so auch im Saarland, mit der gesellschaftlichen Ächtung des Kreuzes aus lauter Feigheit vor dem Islam Schluß zu machen. Das Kreuz muß in allen saarländischen Gerichten wieder aufgehängt werden, ebenso wie im Eingangsbereich eines jeden Dienstgebäudes, egal ob Finanzamt oder Arbeitsagentur.

Das Kreuz ist ein grundlegendes Symbol unserer deutschen Leitkultur christlich-abendländischer Prägung. Es ist ein sichtbares Bekenntnis zu den Grundwerten unserer saarländischen Rechts- und Gesellschaftsordnung. Stimmt mit ein in den Ruf: „Deutschland, einig Vaterland, wir schützen Dich mit Herz und Hand!“ Denn wir, das Volk, sind der höchste Souverän, – und niemand sonst! Lasst uns zum Umdenken anregen, wie in Bayern, friedlich, mit Kerze und Kreuz.

Wieder wird in Deutschland die Demokratie in Frage gestellt

Wie die deutsche Demokratie von den gewählten Regierenden verachtet wird, das hat sich kürzlich gezeigt. So hat die CSU keinerlei Probleme damit, der hochrangigen Grünen *Claudia Roth* den bayerischen Verdienstorden zu verleihen. Sie erinnern sich, wir berichteten bereits über Frau *Roth*, die sich mit der Aussage solidarisierte: „Deutschland, du mieses Stück Scheiße!“ In jedem anderen Erdenland wäre ihr statt einem Verdienstorden ein Verfahren wegen Hochverrats angehängt worden. Ja, Sie ahnen es, nach nur 85 Jahren beginnt erneut die Außerkraftsetzung der Demokratie von oben: **Wieder stellen die Regierenden den Rechtsstaat in Frage und feiern sich noch.**

Noch vor wenigen Jahren galt als Extremist, wer das *Grundgesetz*, unseren *Rechtsstaat*, *Gleichbehandlung vor dem Gesetz* und *Verfassungstreue* in Frage stellte. Heute gilt als Extremist, wer die Gleichbehandlung vor dem Gesetz einfordert, siehe die milden Urteile bei Kindesmißhandlung durch Nichtdeutsche (Migrantenbonus), siehe die Unrechts- bzw. Gnadenurteile wegen kulturellem Anderssein, siehe die Duldung des Grenzübertritts ohne Papiere, siehe die für Eindringlinge straf-freie Duldung trotz fehlender Ausweispapiere und falscher Angaben, siehe die straffreie Hinnahme der Vielweiberei bei Nichtdeutschen, siehe die Duldung von Zwangsheiraten, Kinderehen usw.

Heute gilt als Extremist, wer die **verfassungswidrige Flüchtlingspraxis** im Herbst 2015 kritisiert und auf die Einhaltung des Grundgesetzes, der europäischen Abkommen und der nationalen Gesetze pocht. In keinem anderen europäischen Staat werden Verwaltung und Justiz durch unzählige Asylverfahren lahmgelegt. Kein anderer europäischer Staat leistet sich „unser“ Luxusasylrecht, dessen Umsetzung Milliarden an Steuern und Abgaben verschlingt. In keinem anderen europäischen Staat gibt es den Wahnsinn eines individuell einklagbaren Rechtsanspruches auf Asyl!

Zum Beginn des Jahres 2018 hielten sich **10,6 Millionen Ausländer** (ohne die Doppelpässler) in Deutschland auf, über 580.000 mehr als in 2017! Das deutsche Asylrecht ist zum Einfallstor von Gewaltkriminalität geworden. Bis zur Abschaffung des Asylrechts fordern wir, das jedem Asylant, der schwere Straftaten begeht, das Asylrecht wieder entzogen wird und er nach der Verbüßung seiner Strafe rücksichtslos in sein Heimatland zurückgeschickt wird. Doch wer das fordert, den macht man mit der Ausschwitzkeule mundtot. Es gilt sogar schon als Rechtsextremist, wer die Gewalt von Links nicht „entschuldigen“ will. Es ist höchste Zeit, daß wir der **Volksverhetzung von Links** den friedlichen Protest aus der Mitte entgegensetzen. Denn wer wie vor 85 Jahren erneut feige die Augen verschließt, der ist verdammt, die Vergangenheit zu wiederholen.

Wir fordern, daß die Verfassungsverstöße der Bundesregierung endlich thematisiert werden. Da eine verfassungs- und gesetzeskonforme Anwendung des Asylrechts nicht möglich zu sein scheint, fordern wir die Abschaffung des Asylrechts. Das Bundesverfassungsgericht hat ausdrücklich entschieden, daß die Abschaffung des Asylrechtsartikels 16 a des Grundgesetzes grundgesetzkonform ist, so der Staatsrechtler und Ex-Verteidigungsminister *Prof. Rupert Scholz, CDU*.

Wir brauchen statt des sich als untauglich und für das deutsche Volk als schädlich erwiesenen Asylrechts ein Einwanderungsgesetz *zum Wohle* und nicht zum Schaden des deutschen Volkes.

Meldung in eigener Sache: **Politische Mitwirkung** von jedem Bürger wünschten sich die Väter des Grundgesetzes. In der FBU wird Demokratie gelebt. Seit der Verleumdungskampagne in der *Saarbrücker Zeitung* hat sich unser Bekanntheitsgrad erhöht. Immer mehr Deutsche, auch mit ausländischen Wurzeln, finden zu uns. Nach den uns vorliegenden Zahlen haben wir im Saarland mittlerweile mehr Mitglieder als die AFD. Das ist auch kein Wunder, schließlich stehen wir weder links, noch rechts, sondern aufrecht. Aber jetzt starten wir richtig durch: Denn jetzt gibt es für jedes neue Mitglied eine jährliche Rente, Ihr ganzes Leben lang... Lassen Sie sich helfen!

Wie ein toter Kugelfisch Deutschlands Wirtschaft schwächt

Deutschlands ständig wachsenden Handel mit Rußland sahen die Siegermächte, unsere westlichen „Verbündeten und Freunde“, mit Bedenken. Da kam die Heimholung der von der UdSSR völkerrechtswidrig (unter Mißachtung des Selbstbestimmungsrechts der Bevölkerung) an die Ukraine verschenkten *Krim* durch Rußland gerade recht. Da kam der den Russen angehängte Abschluß des Fluges *MH17*, offenbar durch die Ukraine (wir berichteten), noch rechter. Infolge der Sanktionen litt und leidet vor allem, wie beabsichtigt, die deutsche Wirtschaft, während die USA ihren Handel mit Rußland weiterhin ausbauen. In letzter Zeit wuchs unser Handel mit Rußland trotz der Sanktionen wieder leicht an. Da war guter Rat teuer. Und da kam die Geschichte mit einem angeblich von Rußland vergifteten Doppelagenten namens *Skripal* gerade zur rechten Zeit: Seine Nachbarn sind die *Cassidys*. Am Spätnachmittag erhielten die *Skripals* Besuch von Julias Freundin von den Nachbarn. Erstaunlich, ihre Freundin vergiftete sich bei ihrem Besuch bei den

Skripals nicht! Nach dem der Gesundheit der Besucherin nicht abträglichen Besuch bei den *Skripals* gingen Herr *Skripal* und seine Tochter *Julia* Essen. Dabei sollen beide die Türklinke angefaßt haben. Doch beim Verlassen eines Hauses faßt in der Regel nur *einer* die Türklinke an! Ohnehin hätte das Berühren der Türklinke den Beiden nicht geschadet. Selbst wenn das Nervengift *Nowitschok* an der Türklinke gehaftet hätte, wäre eine Vergiftung nicht möglich gewesen! Denn das Gift kann NICHT durch Berührung aufgenommen werden, sondern nur, wenn es durch Einnahme in den Körper gelangt, z. B. über die Schleimhäute, nicht aber über die Außenhaut!

Entgegen den nachträglich absichtlich falsch abgesetzten Meldungen speisten die beiden NICHT *italienisch*, sondern *japanisch*. Anschließend wurden beide angeblich *bewußtlos* in einem Park aufgefunden. Auch das stimmt nicht. Die zu Hilfe geeilten Bürger fanden die *Skripals* benommen, unter Krämpfen leidend und mit Lähmungserscheinungen vor. Eine der letzten Nachrichten *Julias* übers Internet war ein Dankeschön an die Bürger, die „zu Hilfe gekommen sind, als mein Vater und ich hilflos waren“. Wohl gemerkt, sie war hilflos, hat alles mitbekommen, nicht aber bewußtlos.

Die geschilderten Symptome sind die einer Kugelfischvergiftung! Und: Nahe dieser Stätte, an der beide aufgefunden wurden, befindet sich das Japan-Restaurant *Wagamama*. Die *Skripals* sollen dort *Fugu* gegessen haben. Die unsachgemäße Zubereitung eines Kugelfisches führt immer wieder zu „Unfällen“. Laut japanischen Statistiken sind Vergiftungen gar nicht so selten, sie liegen bei 10 Prozent aller Vergiftungen. Stirbt man nicht an dem Gift, so erholt man sich relativ schnell, so wie *Julia*. Der kleine, aber nicht unwesentliche Unterschied: **Nimmt man das Nervengift *Nowitschok* zu sich, so stirbt man in jedem Fall!** Da müssen die Kugelfische noch etwas an sich arbeiten...

Die Polizei hat die Restaurantrechnung der *Skripals* **konfisziert** und als „Geheimsache“ eingestuft. Ein seltsames Demokratieverständnis haben die da drüben in England, mag man denken. In Wirklichkeit passte dieser Vorfall nur blendend in das politische Umfeld der Verhinderung deutsch-russischer Zusammenarbeit und der „solidarischen“ Einbindung der EU, um den Brexit zu glätten. Und während die ganze Gegend von martialisch wirkenden Gestalten in Schutzanzügen in Begleitung ungeschützter Feuerwehreute durchstreift wurde, wie in ARD und ZDF zu sehen war, bedauerte - bis auf Rußland - kein Nachrichtensprecher des öffentlichen-rechtlichen Zwangsfunks den baldigen Tod der in diesem Theaterstück völlig ungeschützt auftretenden Feuerwehreute...

Doch es kommt noch dicker: England wirft Rußland vor, sich nicht an der Aufklärung zu beteiligen. Daraufhin erklärte Rußland, sich an der Aufklärung sehr wohl beteiligen zu wollen und bat um eine Probe des Giftes. Es ist heute kein Problem, aufgrund kleinster Verunreinigungen der chemischen Kampfstoffe das Herstellerlabor nachweisen zu können. Doch es existiert offensichtlich keine Probe, weshalb die britische Regierung eine 180-Grad-Wende vollzog und das russische „Einlenken“ auf Mitarbeit jetzt plötzlich frechweg als (wörtlich:) „pervers“ zurückwies.

Doch es kommt noch dicker: Da berichten die britischen Medien, daß nicht nur das Haus der *Skripals* abgerissen werden soll, sondern *alle* Lokale, in denen sie sich am Tag ihres Stadtbummels aufhielten. Zu diesem Ablenkungs-Wahnsinn äußerte sich ein Diplomat der russischen Botschaft wie folgt: „Wir haben den Eindruck, daß die britische Regierung absichtlich versucht, alle möglichen Beweise zu zerstören, alle erhaltenen Materialien für geheim zu erklären und damit die Möglichkeit einer unabhängigen und transparenten Ermittlung auszuschließen“. Der russische Außenminister *Sergej Lawrow* hat deshalb die *Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW)* gebeten, diesen Vorfall zu untersuchen.

Die Tochter *Julia Skripal* wurde an einen geheimen Ort verbracht, offenbar nicht bzw. nicht *nur* um sie zu schützen, vor was auch immer, als vielmehr, um sie aus dem Verkehr zu ziehen und um eine unabhängige Aufklärung des Vorfalls zu verhindern. *Julia* hat versucht, per Handy ihre russische Cousine *Victoria* anzurufen. *Victoria* hatte den Eindruck, daß *Julia* am Handy vorgegeben wurde, was sie zu sagen habe. Noch während dem Gespräch wurde das Telefonat offenbar von dritter Seite abgebrochen. *Julia* hat kein Internet mehr und auch zu ihrem wieder „aufgewachten“ Vater ist jede Kontaktaufnahme untersagt. *Julia* ist Russin. Ihre Heimat ist Rußland. Dort hat sie eine Wohnung, dort hat sie einen Beruf, *dort wartet sehnsüchtig ihr Hund auf sie* und nicht zuletzt auch ihr Lebensgefährte. Entgegen aller internationalen Gepflogenheiten darf sie keinen Besuch eines russischen Diplomaten empfangen (selbst deutsche Gefangene in der Türkei können von deutschen Diplomaten besucht werden!). Verständlicherweise macht sich ihre Cousine *Victoria* Sorgen. Sie sorgt für die 90jährige Mutter *Skripals*. Sie wollte nun nach England reisen, um sich ein Bild zu machen und der Mutter über den Zustand ihres Sohnes zu berichten. Sie beantragte ein Visum bei der britischen Botschaft in Moskau. Doch das Einreisevisum wurde von den Briten *abgelehnt!* Ja, wie menschenverachtend ist das denn? Offenbar sollen die *Skripals* mit niemandem sprechen, auch nicht mit ihren Verwandten. Wie schnell würde dann die Mär um das böse Rußland platzen..., gilt es für unsere „Freunde“ doch unter allen Umständen, ein Ende des von Deutschland mit Rußland sanktionierten Handels zu vermeiden... und Rußland deshalb als „böse“ hinzustellen.

Deutschland stürzt nach unten: Statt Wohlstand für alle Reichtum für wenige!

Während immer mehr Hartz-IV-Empfänger ins Land strömen, wandert Kaufkraft, wandert der Wohlstand ab. Jedes Jahr verlassen mehrere tausend Millionäre, Leistungsträger und Steuerzahler ihre deutsche Heimat, weil man sich hierzulande weder zuhause noch sicher fühlen kann und zudem noch ausgebeutet wird. Böse Menschen behaupten, die Ratten gehen von Bord, weil sie ahnen, daß sich der wirtschaftliche Niedergang im internationalen Ranking fortsetzen wird.

Leserbrief: „Uns Deutschen wird der letzte Euro herausgepreßt für diese Schatzsuchenden aus aller Herren Länder, die sich ungefragt in UNSEREM Lande breit machen. An alle Hartz-IV-Empfänger, an alle Rentner und Sozialhilfeempfänger, an die Regierung: Wir Leistungsträger lassen uns nicht länger wie die Schafe bis auf die Haut scheren. *Wir* fühlen uns nicht schuldig für 12 braune Jahre, und wir weigern uns, dafür Tribut zu bezahlen. Wie schon jährlich 140.000 Fachkräfte, so werde auch ich dieses Land verlassen, wenn ich hier nicht bald eine Zukunft für mich und meine Familie sehe. Dann könnt ihr eure klägliche Sozialhilfe mit euren so heiß geliebten Eindringlingen teilen. Meine Steuern bekommt ihr nicht mehr! Erhöht doch einfach das Renteneintrittsalter auf 100 Jahre. Dann wären die Rentenkassen saniert und für den *Krampf gegen rechts* wäre mehr Geld da. Für die Staatshaushalte von Griechenland und Italien könnt ihr euch noch die nächsten 100 Jahre abschufeln und für Integrationskurse für eure Unterordnung unter die „Kultur“ der Invasoren hättet ihr dann auch mehr Geld. Doch ohne mich. Ich gehe dann mit meinem Betrieb nach Ungarn! Ihr wollt es ja so. Denn ihr wählt sie ja jedes Mal wieder, die Einheitspartei der Eindringlinge, bestehend aus CDU, SPD, Grüne und Linke...“ (gekürzt, Schreiber der Red. bekannt).

In der Stimme der Freiheit 2017/3 berichteten wir: Schmerzhaft Reformen in Frankreich? Weniger Rente als in Deutschland? So lange arbeiten wie in Deutschland? Kein Gedanke! Der französische Präsident *Macron* hat verkündet, daß er sich aus den Euro-Stabilitätsverträgen verabschiedet. Er will noch mehr Schulden machen zur Belebung der französischen Wirtschaft. Deshalb hat er für sein Land die Schuldenbremse gekündigt. *Macron* verlangt, daß die Deutschen der Vergemeinschaftung, sprich Vereinnahmung, der deutschen Leistungsüberschüsse zustimmen sollen.

Einst haben wir uns von Frankreich und den Südeuropäern die Wiedervereinigung erkaufen müssen unter Verzicht auf die starke, wohlstandsschaffende D-Mark. Dieses fiese „Geschäft“ geht auf den französischen Kommissionspräsidenten *Delors* zurück, der mit der Einführung einer Weichwährung (daraus wurde der Euro, sein Zitat:) „Die deutsche Atombombe entschärfen“ wollte. Um mit der Schwachwährung Euro klar zu kommen, konterteten die deutschen Firmen mit noch mehr Arbeit zu noch weniger Lohn und machten die französischen Bemühungen zunichte.

Laut einer Studie des *Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts* der gewerkschaftsnahen *Hans-Böckler-Stiftung* hat die Erwerbsarmut in Deutschland stärker zugenommen als in den anderen EU-Ländern. 2014 fielen hierzulande bereits 3,7 Millionen Arbeitnehmer mit einem regelmäßigen Beschäftigungsverhältnis unter den Begriff der Erwerbsarmut. Und jeder achte Rentner über 65 Jahren unterfällt der Altersarmut. Die Zahl der deutschen Menschen, die älter als 75 Jahre sind und immer noch jobben müssen, hat sich in den letzten 10 Jahren auf 176.000 mehr als verdoppelt. Während die einwandernden Invasoren mit Milliardenzahlungen überschüttet werden, bleibt dem Deutschen im Alter zwar zu viel zum Sterben, aber zu wenig zum Leben, - noch!

Manche bezeichnen das Rentnerdasein als Mord auf Raten...

Wir haben festgestellt, daß die Erwerbsarmut entsprechend dem Wachstum der deutschen Außenhandelszahlen zunimmt. Die Erwerbsarmut ist ursächlich verbunden mit dem gefeierten Rückgang der Arbeitslosenzahlen. Die Zunahme der Erwerbsarmut ist ein Versagen der deutschen Gewerkschaften, die sich in Deutschland nicht selten von den Arbeitgebern korrumpieren lassen. Wir Bürger sollten mal hinterfragen, ob ein Land, daß mit Billiglöhnern in Indien und China konkurrieren KANN, sich wirklich noch auf dem Weg der SOZIALEN Marktwirtschaft befindet, **auf dem Weg zu Wohlstand für alle! Oder nicht vielmehr auf dem Weg zu noch mehr Reichtum für wenige?**

Zu alledem gibt es auf dem Arbeitsmarkt neue Verwerfungen. Auch hier verraten die Gewerkschaften auf breiter Front die Interessen der Arbeitnehmer. Sie tun nichts gegen die Überflutung unseres Landes mit minderqualifizierten Einwanderern, die den von unseren Vorvätern erarbeiteten Restwohlstand aufzehren. Einmal mehr sind zuerst die Schwachen der Gesellschaft die Leidtragenden: **Laut Auskunft des Wirtschaftsministeriums wird der Abbau der Arbeitslosenzahl „durch den nunmehr stärkeren Zugang von Flüchtlingen zum Arbeitsmarkt“ gebremst werden**. Das trifft einmal mehr die schwer vermittelbaren deutschen Langzeitarbeitslosen!

Auf dem Rücken der hart arbeitenden Bevölkerung bereichern sich Firmen der Gewerkschaften, bereichern sich die nicht ehrenamtlichen überbezahlten „Helfer“ der Sozialmafia, bereichern sich die Politiker mithilfe der ungebremsten Zuwanderung. Deutschlands größter Asylheimbetreiber *European Homecare* z. B. hat 2016 seinen Umsatz gegenüber 2015 um 56 Prozent auf 277 Millio-

nen Euro gesteigert. Der Gewinn stieg auf 32 Millionen Euro. Die Eigenkapitalrendite liegt je nach der Berechnungsmethode zwischen 67 und mehr als 100 Prozent. Geiertum par excellence? Nach einem durch harte Arbeit der Deutschen wieder aufgebautem Land hat Deutschland den Rückwärtsgang eingelegt: **Deutschland ist auf dem Weg nach unten!** Denn in erster Linie zahlen nicht etwa Konzerne oder Banken, sondern die 4,5 Millionen mittelständischen Betriebe und Praxen, die zwei Drittel der Deutschen Arbeitsplätze stellen und die vier Fünftel aller Arbeitnehmer beschäftigen. Die deutschen Lohnnebenkosten sind die zweithöchsten in der Welt!!! Wer die mittelständigen Betriebe durch immer neue Belastungen erwürgt, der erwürgt das ganze Volk.

Der verratene Sozialstaat

Erschreckende Wahrheit: Die Stabsstelle für Zuwanderung der *Stadt Püttlingen* hat (aus Versehen?) mitgeteilt, daß allein im Jahr 2015 bundesweit 2,14 Millionen Zugänge registriert wurden. Während Angela Merkel tönt, denen „die schon da sind“, würde durch „die, die zu uns kommen, nichts weggenommen“ werden, verkommen in Deutschland die Schulen, Universitäten, Amtsgebäude, Straßen, Brücken usw. Obwohl in Syrien Frieden einkehrt und das Land wieder aufgebaut werden muß, ist jeder Zehnte der fast sechs Millionen Hartzler ein Syrer! Man muß sich fragen, wie viele ausländische Fahnenflüchtige, wie viele durch deutsches Geld angelockte Arbeitsscheue, wie viele Islam-Terroristen, wie viele „Asylanten“ auf Kosten der Deutschen aufgenommen werden, ebenso verlässlich „geprüft“ wie der Scheinasylant und Oberleutnant *Franco A.* Verlässliche Schätzungen belegen, daß uns jeder Asylant letztendlich eine halbe Million Euro kosten wird. Als Folge wird der seinerzeit nur für den Wiederaufbau der neuen Länder festgesetzte Solidaritätszuschlag auch weiterhin erhoben. Doch so weit geht meine Solidarität nicht, daß ich mit meinem Soli nun auch noch für die Ausländer bluten soll. Die raffsüchtige Immigrationsindustrie und unzählige Beschäftigte in den „sozialen“ Verbänden verdienen sich dumm und dämlich. Im Freistaat Sachsen zum Beispiel „verdient“ ein Koordinator für ehrenamtliche Asylsucherhilfe 84.180 Euro pro Jahr. Und für diese Horrorgehälter müssen sich die Niedriglöhner krummlegen, müssen wir und unsere Kinder auf Wohlstand verzichten. Das heißt konkret: Kein Schuldenabbau, immer höhere Abgaben und Steuern. Für Immigranten ist unser Geld da, welches uns verweigert wird! Allein wegen der Eindringlinge stieg die Zahl der Hartz-IV-Empfänger in 2015 um 785.000 Menschen an. In 2016 haben 400.000 Zuwanderer Dauer-Hartz-IV-Ansprüche erhalten. Im Jahr 2017 betrug die Gesamtzahl der Hartz-IV-Empfänger 4,4 Millionen, davon alleine unfassbare zwei Millionen an ausländischen Hartzlern, nicht eingerechnet die Migrantinnen mit deutschem Paß. **Die Einwanderung findet sprichwörtlich in die deutschen Sozialsysteme statt.** Schon längst ist die soziale Hängematte nur noch durch die ständig steigenden Steuern finanzierbar, ... bis das ganze Land verarmt ist!

Da tönt es: „Niemandem werde wegen der Asylkosten etwas weggenommen.“ Soo lassen sich die deutschen Naivlinge von verantwortungslosen Zynikern über den Tisch ziehen. Denn Geld muß erst von jemandem erarbeitet werden, dem man es dann wegnimmt, um es zu verbraten. Oder man nimmt Schulden auf und zerstört die finanzielle Freiheit und die Zukunft unserer Nachkommen, während unsere Politiker uns frech weg vorgaukeln, unsere Sorgen seien unbegründet...

Prof. Bernd Raffelhüschen (Uni Freiburg) hat unter Zugrundelegung der Integrationsfähigkeit der letzten Jahre (resultierend aus der mangelhaften Integrationswilligkeit) ausgerechnet, **daß JEDER Flüchtling die deutsche Gesellschaft 450.000 Euro kostet.** In den letzten Jahren sind 2 Millionen Eindringlinge ins Land geströmt, die uns in den nächsten sechs Jahren jährlich **150 Milliarden** Euro kosten werden, die Sozialbetrüger nicht einmal eingerechnet. Der Herr Professor hat auch ausgerechnet, daß allein der Familiennachzug der Syrer Mehrkosten für Deutschland in Höhe von 56 bis 70 Milliarden Euro verursachen wird. – Und Sie glauben das nicht?

Vielleicht glauben Sie ja dem Berliner Finanzsenator *Kollatz-Ahnen*. Er verwies darauf, daß jeder abgelehnte Asylbewerber allein die Stadt Berlin mit monatlich 1.200 Euro belaste. Wir fordern ein Ende der Alimentation der *abgelehnten* Asylbewerber, damit sie wieder nach Hause gehen und ebenso wie einst wir Deutschen ihr Land wieder aufbauen. Wir fordern auch die erkennungsdienstliche Erfassung ZUMINDEST aller ABZUSCHIEBENDEN Eindringlinge, um zu verhindern, daß sie nach ihrer für den Steuerzahler so teuren Abschiebung erneut einreisen. Sonst geht alles wieder von vorne los. Der deutsche Bürger läßt sich vorführen wie sonst niemand in der Welt: Wir geben hierzulande für jeden - laut Grundgesetz überhaupt nicht asylberechtigten - Kriegsflüchtling das Hundertfache von dem aus, was der UNHCR, das Weltflüchtlingshilfswerk je Flüchtling aufwendet. Es ist eine zynische Heuchelei nicht nur der Grünen, diese Flüchtlinge aufzunehmen und dafür alle anderen Flüchtlinge in der Welt darben zu lassen. **Für die Kosten einer Million Flüchtlinge in Deutschland könnten durch den UNHCR 100 Millionen Flüchtlinge versorgt werden** bzw. könnten die derzeit weltweit 68 Millionen Flüchtlinge wesentlich besser betreut werden!

Die CDU, die schwarze Null Deutschlands

Laut einer aktuellen Studie der OECD zahlen von den 35 führenden Industriestaaten nur noch die Belgier höhere Steuern als die Deutschen. Ein kinderloser deutscher Durchschnittsverdiener muß bereits 49,4 Prozent an den Staat abführen. im Durchschnitt der OECD-Länder sind es nur 36 Prozent. Wir zahlen heute 80 Milliarden Euro mehr Steuern als vor der Kanzlerschaft von Angela Merkel. Das heißt, die ständig propagierte „schwarze Null“ ist bei diesen Steuermehreinnahmen kein Erfolg, sondern ein Skandal! Wir werden ausgepreßt bis auf die Knochen!!!

Das Geld versackt in der EU, in der UNO, in der NATO. Es versackt bei den Abkassierern und Subventionsempfängern einer total überteuerten und chaotischen Klima- und Energiepolitik. Es versackt in der diskriminierenden Gender-Politik, es versackt vertrags- und gesetzeswidrig in den südländischen Staatshaushalten und jetzt auch noch in der voraussichtlich jahrzehntelangen Alimentierung der eindringenden Armutsmigranten. Da werden laut dem *Institut der Deutschen Wirtschaft* und laut dem *Kieler Institut für Wirtschaftsforschung* einfach so zwischen 70 und 80 Milliarden Euro Jahr für Jahr für die 95 Prozent der unberechtigten und damit rechtswidrig geduldeten Asylbewerber zu Lasten aller deutschen Bürger rausgefeuert. Aber für die gesellschaftlichen Aufgaben und für Steuerentlastungen ist angeblich kein Geld da. Der größte Kostenfaktor, den dieses Land hat, heißt *Merkel!* Den Deutschen werden die höchsten Steuern und Abgaben unter allen großen Industrienationen abgepreßt! Ich weiß, worüber ich schreibe, denn ich muß dabei mithelfen: Tag für Tag setze ich Steuern fest... Ja, wenn man nichts Gescheites gelernt hat...

Seit *Angela Merkel* Kanzlerin ist, sind die Schulden des Bundes **täglich** um 50 Millionen Euro gewachsen, bis heute um über 200 Milliarden Euro. Und das bei einer historisch nie dagewesenen Steuerbelastung der Bürger. Wir danken der *Zivilen Koalition*, insbesondere Frau *Beatrix von Storch*, für diese Information. Die einzige schwarze Null Deutschlands ist die CDU, die, statt Steuern zu senken, noch weitere Steuern erhöhen will. Die hohe Grunderwerbsteuer grenzt schon an Enteignung. Schon heute kann sich kaum noch jemand Wohneigentum leisten, bis auf die von Deutschlands Steuerzahlern subventionierten Bürger in den europäischen Südstaaten.

In welchem Ausmaß sich die Arbeit unserer Regierung gegen das eigene Volk und das Ansehen in der Welt richtet, zeigt die Entscheidung, 17 Millionen Euro von unserem Geld der *Conference on Jewish Material Claims against Germany (JCC)* für deren Verwaltungs- und damit für deren Gerichtsverfahren gegen Deutschland zu übergeben, um siebzig(!) Jahre nach Kriegsende Entschädigungsansprüche von Holocaust-Überlebenden gegen Deutschland durchzusetzen. Da hätten die USA viel gegen sich selbst durchzusetzen bei über 450 kriegerischen Auseinandersetzungen seit dem Zweiten Weltkrieg, verbunden mit unsäglichen Kriegsverbrechen. Erst wenn man sich diesen Aspekt vor Augen führt, begreift man, wie undenkbar für jede andere Nation so eine masochistisch-narzißtisch-pathologische Selbsterniedrigung wäre.

Daß sich unsere Regierung wie eine Fremdherrschaft verhält, sieht man auch an der sogenannten Griechenland-„Hilfe“. Wenn Sie über ihre Verhältnisse leben, gehen Sie Pleite. 2008 hatte Griechenland 180 Milliarden Euro Schulden. Es wurde durch den Erlaß von 80 Milliarden Euro gerettet. Nach lauter weiteren Rettungen hat es nun 400 Milliarden Euro Schulden (für die vor allem Deutschland haftet). Nach der *Verdoppelung seiner Schulden* gilt Griechenland als „gerettet“...

Deutschland teilt seinen Wohlstand mit allen. Es hat so lange geteilt, daß nach lauter Teilen nun alle anderen mehr haben als die naiven Deutschen. Das belegt eine Studie der *Europäischen Zentralbank* aus dem Jahre 2016. Danach verfügen die deutschen Privathaushalte über ein Vermögen von unter 60.000 Euro je Haushalt. In Italien sind es 150.000 Euro, in Zypern gar 170.000 Euro! Selbst die Privathaushalte im Krisenland Griechenland besitzen mehr. Von den westeuropäischen Völkern besitzen nur die Portugiesen weniger. Nahezu 90 Prozent der armen Rumänen und Bulgarien verfügen über Wohneigentum, 65 Prozent der Niederländer und 70 bis 80 Prozent der Italiener und Spanier. In Deutschland dagegen verfügen nur 40 Prozent über Wohneigentum!!!

Während der Anstieg der Immobilienpreise die Vermögen im europäischen Ausland mehrt, führt der geringe Anteil an deutschem Wohneigentum aufgrund der steigenden Mieten zu fortschreitender Verarmung der überwiegend zur Miete wohnenden Deutschen. Die Ärmsten unter den Inländern werden von den in großer Zahl eindringenden, unausgebildeten Invasoren nicht nur aus dem Wohnungsmarkt rausgeschossen, sondern auch aus dem Arbeitsmarkt. Das Marktforschungsunternehmen *Empirica* hat prognostiziert, daß bis 2020 mindestens noch weitere 656.000 Wohnungen benötigt werden. Unternehmensberater *Daniel Stelter* in der *Wirtschaftswoche* vom 21.09.17:

„Statt ... zu handeln, schwafeln die Politiker vom *reichen Deutschland*, ohne auch nur eine Sekunde daran zu denken, **daß die deutschen Privathaushalte zu den Ärmsten in der Euro-Zone gehören ... Es ist nur eine Frage der Zeit, bis die Wohlstandsillusion platzt.** Dann wird über Nacht deutlich, daß wir uns eben nicht alles leisten können: Renten, Pensionen und Gesund-

heitsversorgung für die alternde Gesellschaft, Versorgung von Millionen Zuwanderern mit geringer Produktivität ... (und) eine Finanzierung der Eurozone als Faß ohne Boden.“

Während unsere jammernden Nachbarn immer wohlhabender werden, hält sich zäh das Märchen vom reichen Deutschland. Nur *ein* Gegenbeispiel ist das „Target2“-Abkommen: Für ihre Einkäufe in Deutschland können alle Euro-Staaten in Deutschland ohne Obergrenze über die EZB bei der Deutschen Bundesbank anschreiben lassen. Mittlerweile hat die Bundesbank Forderungen, vor allem an die europäischen Südstaaten, in Höhe von **950 Milliarden Euro**. Laut Ex-Ifo-Chef *Hans-Werner Sinn* sind diese Außenstände ein hohes Risiko. Er bezweifelt, daß sie je zurückgezahlt werden. Und leider will sie auch niemand zurückzahlen, denn auf diese Forderungen müssen Zinsen nur in Höhe des Leitzinses der EZB bezahlt werden. Und der beträgt NULL Prozent! Die wahre Inflationsrate liegt aber weit darüber. Durch die Inflationsrate (Geldentwertung) verliert Deutschland Jahr für Jahr 15-18 Milliarden Euro aus dem ihm aus den gelieferten Waren und Dienstleistungen zustehenden Geld, während die anderen Staaten, auch Frankreich, immer mehr anschreiben lassen. So knechtet man Sklaven, aber keine freien Bürger. **Wann endlich schießt der deutsche Goldesel keine goldenen Dukaten mehr in fremde Körbchen?**

Wir lieben Europa, aber nicht die EU!

Dem Brexit sei Dank und allen Besserwissis zum Trotz wächst die Wirtschaft in Großbritannien viel stärker als im Euro-Raum. Der britischen Immobilienblase geht die Luft aus. Die Arbeitslosigkeit sinkt. Und die Inflation fällt, - im Gegensatz zu der von der Europäischen Zentralbank angeheizten Inflation im Euro-Raum. Alle namhaften Spinner hatten der britischen Wirtschaft katastrophale Folgen attestiert für den Fall eines Austritts. Doch wie so immer, so hat die Propaganda der EU, ihrer Politiker und ihrer Medien auch diesmal die Lage falsch eingeschätzt und das (britische) Volk richtig. Wann verabschieden sich die Deutschen aus dem fehlgeschlagenen und wohlstandsfressenden Euro-Experiment und kehren zurück zu einer verlässlichen D-Mark???

Während die EU nur durch den deutschen Netto-Beitragszahler fortbestehen kann, sind von den 30.000 EU-Mitarbeitern nur 2.150 Deutsche. Beim Europäischen Auswärtigen Dienst sind unter 942 Beschäftigten nur 90 Deutsche. Und in der Verwaltung des Europäischen Parlaments stellen die Deutschen von 6.500 Mitarbeitern sogar nur 203. Das heißt, kleine Länder haben übermäßig großen Einfluß. Und diese schrauben die deutschen Zahllasten seit Jahrzehnten immer mehr in die Höhe. Im Merkel-Land werden die Interessen der Bürger nicht anders vertreten, wie einst unter der Besatzungsbehörde EGKS, dem Vorläufer der EG, dem Vorläufer der EU, die noch heute, wie nach dem Krieg, von berufenen (nicht gewählten) KOMMISSAREN über Deutschland herrscht...

Und jetzt kommt Macron mit seinen neuen Umverteilungsideen ins Spiel: Weil z. B. eine europäische Arbeitslosenversicherung den deutschen Arbeitnehmern und Steuerzahlern kaum zu „verkaufen“ ist, soll eine europäische Steuer eingeführt werden, vorneweg bezahlt von den Deutschen, aber zugutekommend den Südländern mit ihren nicht selten weniger als 40 Wochenstunden, zugutekommend den südeuropäischen Arbeitslosen und Frührentnern. Durch das billige deutsche Geld, das die Europäische Zentralbank als nie rückzahlbare „Darlehen“ und Brüssel als verlorene Subventionen in die Südstaaten pumpt, werden statt dringend notwendiger Reformen sinnlose Projekte finanziert. Diese Transferunion für die Eurozone ist eine auf Dauer angelegte Umverteilungssorgie, um die Party auf Kosten der Deutschen weiterfeiern zu können.

Apopos Transferunion: Immer mehr EU-Länder verkaufen Pässe. Laut dem *Guardian* hat allein Zypern seit 2013 vier Milliarden Euro mit dem Verkauf von Pässen verdient. Während das Geld in Zypern bleibt, werden die, die die sich auf diese Art in die EU eingekauft haben, wohl kaum dort bleiben, sondern die Ärmern werden schnurstracks zu den Deutschen eilen...

Macht hoch die Tür, die Säck' macht weit...

Für die für den Arbeitsmarkt unbrauchbaren Zuwanderer muß der deutsche Steuerzahler bluten. Das geht aus dem Bericht der Bundesregierung über die Haushaltsführung für 2017 hervor, nach dem 600 Millionen Euro „außerplanmäßig“ für Ausgaben beim Arbeitslosengeld II (Hartz IV) wegen der „ungünstigen Entwicklung der Anzahl der erwerbsfähigen Hilfsbedürftigen“ angefallen sind.

Seit 2017 wird circa ein Drittel des jährlichen Staatshaushalts für die Eindringlinge aufgewendet. Diese Mittel der Steuerzahler stehen nach den horrenden Abführungen an EU, UNO und NATO für die Anliegen unseres Volkes nicht mehr zur Verfügung. Der Familiennachzug verstört uns insofern, als die Syrer ja nur einen temporären Aufenthaltsstatus haben, bis sie wieder in ihr Land zurückkehren würden. Es verstört noch mehr, daß all die jungen Syrer nicht für die Freiheit ihres Landes kämpfen, sondern Fahnenflucht nach Deutschland begehnen, während die deutschen Soldaten im Rahmen der NATO am Kampf gegen den IS (rechtswidrig) beteiligt sind. Man muß sich das so

vorstellen: Da sitzen die jungen syrischen Männer im deutschen Straßenkaffee und rufen den vorbeimarschierenden deutschen Soldaten zu: „Hallo Kumpels, grüßt uns unsere Heimat!“

Dabei gibt es Regionen in Syrien, da geht es friedlicher zu als in so mancher bombengeplagten Hauptstadt in Europa. Bis Ende August 2017 fand in Syriens Hauptstadt Damaskus die 59. „Internationale Messe“ statt unter dem Motto „Syrien lebt“. 1562 Unternehmen aus 43 Staaten, darunter natürlich auch ein deutscher Messestand, stellten ihre Produkte vor. Mit 2,2 Millionen Besuchern wurde ein Rekord verzeichnet. Sieht so ein Kriegsland aus? Keine Bombenattentate wie in Paris oder Berlin, keine Straßenkämpfe mit der Polizei wie in Hamburg, weit und breit kein IS. **Wir beglückwünschen die Syrer zu ihrem Sieg über den IS und wünschen ihnen alles Gute für die Heimreise.** Wie damals Deutschland haben die Alliierten Syrien „befreit“, nur mit dem Unterschied zu den deutschen Ostgebieten, daß die Syrer in ihre Heimat zurück dürfen und ihren Grund und Boden zurückerhalten. Nun können sie auf ihren Grundstücken ihre Häuser wieder aufbauen, was die enteigneten Deutschen aus den Ostgebieten bis heute nicht dürfen.

Offenbar lebt es sich ohne Arbeit in der deutschen Hängematte besser, als in die Hände zu spucken und Verantwortung für das eigene Land zu übernehmen... Wer jetzt noch in Deutschland bleibt und sich weigert, sein Land wieder aufzubauen, ist der etwas anderes, frage ich Sie, als ein vaterlandsloser Schmarotzer?

Selten hat eine Regierung dem eigenen Volk die Zukunft mehr versaut als die Ära Merkel. Ein Volk, das nur noch für Fremde arbeitet, bringt sich und seine Nachkommen um die Lebensleistung, so wie jedes Sklavenvolk. Die ersten Zahlen lassen das Schlimmste befürchten: In den Nachrichten auf SR3 wurde am 02.08.17 mitgeteilt, daß die Sozialleistungen für 2016 sich auf astronomische **920 Milliarden Euro** belaufen haben. Deshalb werden den Deutschen auch die nach Belgien höchsten Steuern aller 34 OECD-Länder abgepreßt. Wäre die Steuerbelastung auf dem Niveau nur des Durchschnitts aller Industrienationen, dann hätte z. B. jeder alleinstehende Deutsche 6.680 Euro jährlich mehr zur Verfügung, so der *Bund der Steuerzahler*. Weil das alles nicht reicht, werden für die Asylanten auch die Sozialkassen geplündert. Weil Eindringlinge 50 Prozent höhere Heilkosten als „normale“ Hartz-IV-Empfänger haben, wurden in 2016 „vom Parlament“ 1,5 Milliarden Euro zusätzlich für die Krankenversicherung der Eindringlinge bereitgestellt *aus den Reserven des Gesundheitsfonds*, **bezahlt von den 53 Millionen gesetzlich Krankenversicherten.**

Fünf Milliarden Menschen leben schlechter als deutsche Hartz-IV-Empfänger. Die Afrikaner haben sich in den letzten 60 Jahren auf eine Milliarde potentielle „Flüchtlinge“ vervielfacht. Ihr Eindringen ist mit den nationalen deutschen Interessen nicht vereinbar! In Berlin waren die Folgen für die Stammbevölkerung sogar schon tödlich: Kurzerhand wurden für die Eindringlinge (in Israel heißen Flüchtlinge „Eindringlinge“, die Red.) 900 Millionen Euro aufgewendet, im Gegenzug gab es kein Geld mehr für Obdachlose und das kurz vor dem Winter 2016/2017. Traurig...

Michael Wolski, Autor des Buches *Gebetspausen am Arbeitsplatz*: „Bis zu zwei Millionen orientalische Muslime werden Ende 2017 neue Stammkunden im Sozialamt sein. Sie werden viele Kinder mit mehreren Frauen in islamischer Ehe zeugen, fünf Mal täglich beten, im Verein Tee trinken, kein Deutsch lernen und vermutlich lebenslänglich von den Steuern der Ungläubigen leben, die deswegen erhöht werden müssen. Und trotzdem werden sie die Gastgeber hassen, weil diese Ungläubige sind und es so im Koran steht. Aus Sicht islamischer Prediger eine optimale Islamisierung.“

Und statt endlich zur Vernunft zu kommen, sind CDU, SPD und Grüne auch noch stolz darauf, die Grenzen des Landes geschleift zu haben. Ist schon die demographische Krise, ist schon die **Kinderarmut** der Deutschen für das Land kaum zu verkraften, so wird das Ende des Sozialstaats eingeläutet durch die millionenfache Aufnahme unqualifizierter Versorgungssuchender aus aller Welt. Zumal Islamis nicht integrierbar sind. Die Linken-Fraktionschefin *Sarah Wagenknecht* im Fernsehsender *n-tv*: „Wir sehen ja gerade, daß Integration teilweise sogar bei Einwanderern der zweiten, dritten Generation scheitert“. Und weiter: „Wir lassen zu, daß nach wie vor Erdogan oder andere extremistische Organisationen bestimmen, was an deutschen Moscheen gepredigt wird, daß islamistische Organisationen über den Religionsunterricht muslimischer Kinder, über Hausaufgabenbetreuung relativ schnell und früh Zugang zu diesen Kindern haben.“ Frau Wagenknecht, Sie haben gesagt: „Wir lassen zu...“. Ja, warum lassen Sie diesen Zirkus denn zu? Ihre Partei ist es doch gerade in trauter Vereinigung mit den Grünen, die die Kanzlerin dafür loben, daß sie unter dem Bruch des Grundgesetzes und der EU-Verträge (Außengrenzen-Regelung) Millionen kulturfremde Armut-Eindringlinge ins Land geschleust hat...

Wie beim erstmaligen Eintreffen der Einwanderer-Horden an den deutschen Bahnhöfen, so strömen die Leute in den Zirkus, wegen des Neuen, aus Neugier und Erwartungssucht. Darunter sind solche, die sich den Eintritt mit links leisten können und solche, die es im Leben schwer haben, über die Runden zu kommen, die sich den Zirkus nicht leisten können. Gleiches gilt für den Einwanderer-Zirkus! Nur mit dem Unterschied, daß der Einwanderer-Zirkus nicht weiterzieht...

Schattenwachstum

Die *Bank von Amerika* hält fast jedes zehnte börsennotierte Unternehmen in Europa für eine „Zombie-Firma“. Die Firmen sind eine Belastung für Fortschritt und für die Zukunft. Mit Niedrigzinsen und Krediten der Notenbanken wird ihr Leben künstlich verlängert. Sie machen gesunden Firmen das Leben schwer. An einem freien Markt wären sie nicht überlebensfähig. Unternehmensberater *Markus Krall* warnte in der *Neuen Züricher Zeitung* vor den Folgen der Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB): „Im Kern stauen wir eine riesige Pleitewelle auf, die umso größer wird, je weiter wir sie nach hinten verschieben“. Das wahre Ausmaß der faulen Kredite in der Euro-Zone bezifferte die Europäische Bankenaufsicht auf rund eintausend Milliarden Euro. Entweder endet das milliardenfache Gelddrucken in einer alles hinwegfegenden Weltwirtschaftskrise oder man versucht die Rückkehr zur Normalität über steigende Zinsen. Aber auch nur leicht steigende Zinsen würden nicht nur eine EU-weite Pleitewelle auslösen, sondern auch zum Staatsbankrott einiger europäischer Südstaaten-Länder führen. Dabei tragen die Deutschen schon heute die Hauptlast: Durch die Nullzinspolitik entwerten die Riester-Renten, steigt die Altersarmut.

Man schätzt, daß die ausbleibenden Zinsen die sparsamkeitsbeflissenen Deutschen bis heute um circa **300 Milliarden** Euro gebracht haben. Durch Anlageblasen steigen die Mieten und Wohneigentum kann sich kaum noch jemand leisten. Kommt es dann auf dem ersteren oder dem letzteren Weg zum unvermeidlichen Crash, sind die von der EZB aufgekauften Schrott-Anleihen der kranken Firmen und Staaten wertlos. Dann müßte die Deutsche Bundesbank als die größte Notenbank der Euro-Zone auch die größten Verluste aller Notenbanken verkraften. Es ist und bleibt immer der dumme Deutsche, der sich, für über ihre Verhältnisse lebende Portugiesen, Spanier, Franzosen, Griechen und Italiener, ... krummlegen muß, statt selbst von seiner Hände Arbeit leben zu dürfen.

Der künstlich niedrige Zins der Europäischen Zentralbank, der die deutschen Rentner und Sparer bisher Inflationsverluste von hunderten von Milliarden Euro beschert hat, er war gedacht, damit die Südstaaten ihre Staatsverschuldung zurückfahren. Vor der Dämlichkeit dieser EZB-Banker hatten wir schon vor Jahren gewarnt. Denn natürlich wurden die niedrigen Zinsen nicht zum Schuldenabbau genutzt, sondern um noch mehr Schulden zu machen(!), insbesondere durch „Anschreibenlassen“ (Target-Abkommen) von 950 Milliarden Euro bei den Deutschen. Dank der „weitsichtigen“ Politik der Bundesregierung und der EZB ist die Verschuldung z. B. Italiens seit Beginn der Eurokrise von 1,7 auf 2,3 Billionen Euro angestiegen, auf 132 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung und von daher ehrlicherweise nie mehr zurückzahlbar! Wie denn auch? Wovon denn auch?

Der Euro ist eine Fehlkonstruktion, weil die Südstaaten trotz Nichterfüllung der Stabilitätskriterien und damit *rechtswidrig* in den Euro aufgenommen wurden. Er ist zu hart für die Südstaaten und zu weich für Deutschland. Italien kann nicht abwerten, - und Deutschland kann nicht aufwerten! Die Folge: Die Südstaaten sind nicht wettbewerbsfähig, leiden unter großer Arbeitslosigkeit und verschulden sich weiter und weiter, ohne jemals ihre Schulden zurückzahlen zu können...

Die Deutschen müssen nach den Belgiern die höchsten Steuern und Abgaben aller OECD-Staaten tragen, mit den niedrigsten Renten und nach Portugal unter allen westlichen EU-Staaten mit dem niedrigsten Privatvermögen pro Haushalt auskommen. Ungeachtet dieses unhaltbaren Zustandes sollen die Deutschen wegen der ausgeschiedenen Briten zu ihrem bisherigen Schaden ab 2021 jährlich auch noch zwölf Milliarden Euro mehr in den EU-Haushalt einzahlen. Das fordert der EU-Haushaltskommissar *Günther Öttinger* (CDU). Es ist nicht zu fassen, mit welcher Verachtung und Verantwortungslosigkeit die Deutschen von ihren eigenen „Volksvertretern“ über den Tisch gezogen werden. Wer uns deshalb „dumpfer EU-Feindlichkeit“ zeihet, sollte sich mal selbst an die Nase fassen und hinterfragen, ob er sich nicht „dumpfer Deutschenfeindlichkeit“ befleißigt.

Wir lieben Europa, aber nicht die EU. Wir wünschen uns wie seinerzeit *Adenauer* und *de Gaulle* ein Europa der Vaterländer, aber nicht ein Europa der Gleichschaltung. Wir fordern einen Rückbau der Eurokratie oder den Austritt aus der EU und die Etablierung einer eigenen starken und Wohlstand schaffenden Währung analog der Schweiz. Ein altes indianisches Sprichwort lautet: „Wenn du ein totes Pferd reitest, dann steige ab!“ Wir sollten schnellstens vom Euro absteigen, um nicht die Lasten des Euro-Desasters als Schrecken ohne Ende bis in alle Ewigkeit mittragen zu müssen. Kennen Sie ein altes deutsches Sprichwort? Hier ist es: „In Brüssel wird’s erdacht, in Deutschland wird’s gemacht, in Italien wird gelacht!“ (Ex-Bundesverkehrsminister *Manfred Stolpe* und auch ich).

Mitgliederwerbung - Bitte vergessen Sie nicht die Mitgliederwerbung. Jedes Mitglied sollte ständig bemüht sein, neue Mitglieder für die *Freie Bürger Union* zu werben. Für jedes neue Mitglied in diesem Jahr zahlen wir eine kleine **jährlich wiederkehrende Rente**. Denn nur eine starke FBU kann Deutschland retten.

FBU – Die soziale Kraft, die Ordnung schafft!

Unser Spendenkonto: FBU Saar, Spark. Saarbrücken, **IBAN:** DE36 5905 0101 0029 0126 55.

Ukraine - Der einseitige Krieg -

Schon öfter haben wir über die Beteiligung der Ukraine beim Abschluß des Fluges *MH17* berichtet. Jetzt haben wir erfahren, daß sich der ukrainische Kampfpilot *Wladislaw Woloschin* in seiner Wohnung erschossen haben soll. Am Tag des Abschusses von *MH17* war er mit seiner SU-25 mit Luft-Luft-Raketen gestartet und ohne diese Raketen zurückgekehrt. Nach der Landung äußerte er gegenüber dem Techniker *Jewgenij Agapow* (soll *noch* leben), er sei „zur falschen Zeit am falschen Ort“ gewesen. Offenbar lag damals eine Verwechslung der Maschine mit dem die gleiche Route fliegenden russischen Präsidenten *Putin* vor. Besser, Sie erzählen das nicht weiter, was Sie hier lesen. Denn jetzt kennen Sie die Namen und sind Mitwisser...

Aber die Ukraine verhindert bis heute mit ihrem Veto-Recht nicht nur die Aufklärung über den Abschluß der malaysischen Passagiermaschine, sondern auch die Aufklärung, wer von den Dächern und in wessen Auftrag auf die Demonstranten auf dem *Majdan* geschossen hatte.

Gerüchte besagen, daß es die berüchtigten „Blackwater-Söldner“ der USA waren. Kein Wunder, daß der damalige (rechtmäßig gewählte) ukrainische Präsident in Panik ausbrach und Hals über Kopf nach Rußland floh. Bereits in 2010 „dienten“ mindestens 207.000 Söldner im Ausland den USA, während sich die Truppenstärke der regulären amerikanischen Auslandstreitkräfte nur auf 175.000 belief. Aktuelle Zahlen sind nicht zu erhalten. Söldner sind „pflegeleicht“. Sie unterstehen nicht dem US-Kongreß, brauchen sich nicht ans Kriegsvölkerrecht zu halten und können nach Belieben (wie in Bagdad) die Zivilbevölkerung massakrieren.

Präsident *Obama* höchstselbst räumte die Verantwortlichkeit für die Zustände in der Ukraine durch die USA ein. Auf seiner Indien-Reise sagte er dem Journalisten *Fareed Zakaria*, Sender *CNN*:

„Janukowitsch flüchtete, nachdem *wir* einen Handel über den Machtwechsel in der Ukraine vereinbart hatten.“ Janukowitsch wollte sich nicht gen Westen orientieren. *Victoria Nuland* vom US-Außenamt beziffert den Aufwand, um den gewählten Präsidenten in die Flucht zu schlagen und die Ukraine zu destabilisieren, auf fünf Milliarden Dollar.

Mittlerweile räumt auch *Putin* Verantwortlichkeiten ein, und zwar für den Einmarsch auf der **Krim**. Nur gibt es zwischen den beiden Vorgängen einen kleinen Unterschied. Der Diktator der UdSSR, *Chruschtschow*, verschenkte die Krim an die Ukraine, *ohne* das Selbstbestimmungsrecht zu wahren, also die Bevölkerung zu befragen. Dieser völkerrechtswidrige Vorgang wurde durch die Zurückholung der Ukraine geheilt. Dann ließ *Putin* ein Referendum abhalten, bei dem die Bevölkerung, - schon seit eh und je Russen, - zu über 90 Prozent für die Wiedervereinigung stimmte.

Bei einer auf der Krim von der *ukrainisch-deutschen Marktforschungsgesellschaft GfK Ukraine* durchgeführten Meinungsumfrage sprachen sich nur 4 Prozent der Bewohner gegen den Anschluß an Rußland aus. Die deutschen Vertriebenen wären stolz auf einen deutschen Kanzler, wenn er ihre ostdeutsche Heimat so friedlich zurückholen würde wie Präsident *Putin* die südrussische Krim.

Anders die USA. Sie haben sich wie bereits im Irak, in Libyen, in Syrien, so auch in die inneren Angelegenheiten der Ukraine eingemischt. Das taten sie nicht, um völkerrechtswidrige Zustände zu bereinigen. Nein, unzählige Menschen in all den Ländern mußten sterben und müssen flüchten, - auch im Gegensatz zur Krim -, damit die USA ihren Weltherrschaftsanspruch ausbauen können und, wie im Falle der Ukraine, um ihre Truppen immer näher an Rußlands Grenzen in Stellung zu bringen.

Anfang Februar mußte der Generalstabschef der ukrainischen Armee, *Viktor Muschenko*, offiziell zugeben, daß KEINE regulären russischen Truppen an den Kämpfen in der Ukraine beteiligt sind und stellte ausdrücklich klar: „Wir führen keine Kämpfe mit Einheiten der regulären russischen Armee.“ Es sind nicht russische Truppen, die in der Ukraine stehen, wie die deutsche Lügenpresse behauptet, sondern es stehen amerikanische Truppen in der Ukraine. Generalleutnant *Frederick Ben Hodges* erklärte Ende Januar 2015, daß die US-Soldaten mit der Nationalgarde der Ukraine üben sollen. Pikantes Detail am Rande: Die Garde führt unter anderem das Hakenkreuz im Emblem. Und Merkel-Deutschland unterstützt die ukrainische Aufrüstung dieser Nazi-Kampfeinheiten mit hunderten von Millionen Euro. Das wäre doch schon einen Aufschrei im Deutschen Pressewald wert, oder nicht? Man stelle sich mal vor, die NPD würde das Hakenkreuz einführen und Merkel würde daraufhin die NPD mit Geld fluten...

Zurück zu den amerikanischen „Beratern“. Bisher lief immer das gleiche Schema ab. Zuerst entsandten die Amerikaner Berater, dann Ausrüstung und schließlich befanden sie sich mitten im Krieg. Doch nun stehen sie Rußland gegenüber und die Frage lautet, wie lange sich *Putin* die Einkreisung durch die USA noch erlauben kann. Und während Sie diese Zeilen lesen, geht der Aufmarsch gegen Rußland ungebremst weiter: Die USA haben das *173. Airborne Brigade Comat Team* in die Ukraine abgeordnet, eine 600 Mann starke Fallschirmtruppe. Ukrainische Soldaten werden schon seit März 2015 von Amerikanern trainiert. Noch findet die Kriegsführung gegen die

russischen Bürger in der Ukraine verdeckt statt, so durch die Söldner der USA. Wie lange kann und wird Putin dem Aufmarsch fremder Truppen an seinen Grenzen tatenlos zusehen, ohne selbst einzugreifen und die russischen Bürger in der Ukraine zu schützen?

Ganz im Sinne der USA agiert der stellvertretende ukrainische Außenminister *Vadym Prystaiko*. Er ließ verlauten, daß die Ukraine keine Angst vor der russischen Atommacht habe und sich auf einen „totalen Krieg“ gegen Rußland vorbereite. Deutschland sollte sein ganzes diplomatisches Geschick aufwenden, damit Europa nicht wieder zum Kampfplatz zwischen Ost und West wird. *Merkels* Friedensinitiative, das Minsker Abkommen, führte schon zu schweren Ausfällen des bereits erwähnten mächtigen US-Senators *John McCain* gegen Frau *Merkel*. *John McCain* sieht eine Lösung der „Probleme“ nur in einer ständigen Verstimmung *bis hin zu militärischen Auseinandersetzungen zwischen Europa und Russland!* Nur so bleibe die USA Weltmacht, - ganz davon abgesehen, dass die USA wirtschaftlich kaum noch auf dem Weltmarkt bestehen können und **70 Prozent der US-Produktionswirtschaft rüstungsrelevant sind.**

Die NATO-Russland-Grundakte von 1997 verbietet der NATO die ständige Stationierung von substanziellen Streitkräften an seinen Ostgrenzen. Um aber die US-Vorherrschaft auszubauen, wird sie von der NATO nicht mehr anerkannt. Der US-amerikanische Schriftsteller *Gore Vidal*, ein Vetter des ehemaligen Präsidentschaftskandidaten *Al Gore*, äußerte am 3.1.1997 in einem Gespräch mit der *Berliner Zeitung*: „Wir haben 1945 damit angefangen, uns den Globus zu erobern. Die NATO wurde nicht eingerichtet, um die armen Europäer vor den Russen zu schützen, sondern um die totale Kontrolle über Westeuropa zu erlangen.“ (Zitiert nach *Soldat im Volk*, Ausgabe 9/10 2007). Noch ehrlicher formulierte *Baron Ismay*, erster NATO-Generalsekretär, 1955 den Zweck der NATO: „Die Russen draußen zu halten, die Amerikaner drinnen zu halten **und die Deutschen nieder zu halten.**“ Zitat Ende.

Für den Fall, daß der Krieg um die Selbstbestimmung der (aufgestandenen) russischen Mehrheitsbevölkerung in der Ostukraine eskaliert und durch die NATO-Präsenz in der Ukraine zu einem Vormarsch russischer Truppen gen Westen führt, sieht die britische Militärdoktrin vor, Deutschland „präventiv“ flächendeckend atomar zu bombardieren, um russische Einheiten bereits „im Vorfeld“ zu stoppen. „Sie müssen zugeben, daß es Umstände gibt, in denen die Verwendung von Atomwaffen gerechtfertigt wäre“, so *Cameron* im TV-Kanal *Sky News*.

Schon immer ging es nicht nur den Briten um die wirtschaftliche Niederhaltung Deutschlands. Das offenbart schon ein Interview des US-Botschafters *Henry White* mit dem britischen Premierminister Arthur *James Balfour* im Jahre 1910 in Rom: *Balfour*: „Wir sind wahrscheinlich töricht, daß wir keinen Grund finden, um Deutschland den Krieg zu erklären, ehe es zu viele Schiffe baut und unseren Handel nimmt.“ *White*: „... Wie ist es möglich, daß Sie etwas politisch so Unmögliches verlangen können, wie einen Krieg gegen eine harmlose Nation zu provozieren, die ein ebenso gutes Recht auf eine Flotte hat sie Sie? Wenn Sie mit dem deutschen Handel konkurrieren wollen, so arbeiten Sie härter.“ (Die Red.: Das ist wie heutzutage, Deutschland soll ganz Europa alimentieren, weil vor allem die Südeuropäer nicht so hart wie die Deutschen arbeiten wollen!)

Die Antwort des britischen Premier *Balfour* paßt wie die Faust aufs Auge in die heutige Zeit: „Das würde bedeuten, daß wir unseren Lebensstandard senken müßten. Vielleicht wäre ein Krieg einfacher für uns!“ (Die Red.: Auch die USA gehen an den europäischen Ostgrenzen lieber die Gefahr eines Krieges mit Rußland ein, um den deutschen Handel mit Rußland zu boykottieren, als härter zu arbeiten.) *White*: „Ich bin erschrocken, daß gerade Sie solche Prinzipien aufstellen können.“ *Balfour*: „**Ist das eine Frage von Recht und Unrecht? Vielleicht ist das nur eine Frage der Erhaltung unserer Vorherrschaft.**“ (Die Red.: ...auch wie heute...). Nachlesbar in A. Nevins: „*Henry White, Thirty Years of American Diplomacy*“, New York, 1930, ab Seite 256.

Lieber Leser, gerne erfahren wir Ihre Meinung zu diesem Thema. Wir wollen nicht in einer „Star-Wars-Union“ leben. Wir wollen nicht in einem *EU-Imperium* leben, sondern in einem Bündnis freier Länder, oder wie der große *Charles de Gaulle* sagte: „**In einem Europa der Vaterländer!**“

Nur leider wollen das die EU-Kommissare nicht. Statt nach dem Ausscheiden der Briten das EU-Parlament um deren 73 Sitze zu verkleinern, werden diese auf alle anderen verteilt, mit Ausnahme von Deutschland, weil kein Land mehr als 96 Sitze innehaben darf. Schon heute wiegt die Stimme eines Maltesers zwölf Mal so viel wie die Stimme eines Deutschen. Um Deutschland in allen Fragen, insbesondere der Höhe seiner Tributzahlungen, auch künftig überstimmen zu können, hat man sich einen perfiden Plan für die weitere Entmachtung des Hauptnettozahlers der EU ausgedacht: Immer, wenn ein Land in die EU eintritt, werden die Sitze erhöht, tritt eines aus, werden deren Sitze auf alle außer auf Deutschland verteilt. Das Spiel läßt sich unbegrenzt betreiben und das EU-Parlament wird aufgebläht, bis wir Bürger es eines Tages mit einem finalen Nadelstich zum Platzen bringen werden, am besten, indem auch Deutschland aus der EU austritt, um sich mit anderen Ländern zu *de Gaulles* „Europa der Vaterländer“ zusammenzuschließen.

Termine, hier unsere Bürger-Treffen (für angemeldete Mitglieder, Freunde und Gäste)

Gemeinsames Frühstück im Hotel Budapest am Sonntag um 10 Uhr im Hotel Budapest in der Bliersransbacher Str. 74, 66130 Saarbrücken-Fechingen. Das Frühstück kostet 7,- €.
Wer sich bis zum 13.08.18 telefonisch **anmeldet** bei Herrn Rupp, Tel. 06831-3554, **für den ist es kostenlos!**

Aus der Arbeit der FBU – LV Saar:

Unsere **Bundesversammlung** im saarländischen Wadgassen am 21.04.2018 war gut besucht. Hier, auf der linken Seite der Saar, waren wir im Gegensatz zu Ensdorf (auf der *rechten* Seite der Saar) willkommen. Der Bundesvorsitzende Walter Pfeiderer wurde einstimmig im Amt bestätigt.

Das bei unseren **Bürgertreffen / Mitgliederstammtischen obligatorische Freigetränk** gibt es nur noch bis zu einer Stunde nach dem Beginn des Treffens, damit der Schatzmeister nicht immer bis zum letzten Gast anwesend sein muß. Künftig ist also rechtzeitiges Eintreffen empfehlenswert.

Antrag zur nächsten Landesversammlung im Herbst: „Vorstandsmitglieder im geschäftsführenden Vorstand erhalten während der Ausübung ihres Amtes zum Jahresende eine pauschale Abgeltung für Aufwendungen im Rahmen ihres Vorstandsamtes in Höhe von einhundert Euro für das Amt des Vorsitzenden und des Schatzmeisters, fünfzig Euro für den Schriftführer, fünfzig Euro für die Stellvertreter genannter Ämter, hundert Euro für den Redakteur der *Stimme der Freiheit*.“

Pflicht-Hinweis zum neuesten vereinsfeindlichen und bürgerfernen Unsinn der EU, dem **EU-einheitlichen Datenschutz:** Mit ihrer FBU-Mitgliedschaft stimmen Sie der Verwendung personenbezogener Daten im Rahmen der Mitglieder- und Beitragsverwaltung, der Zusendung von allfälligen Anschreiben und von Informationsmaterial zu, sowie der Veröffentlichung von Fotos im Rahmen unserer Aktionen. Ferner stimmen Sie der Weitergabe Ihrer Daten an die Personen (wie z. B. dem Organisationsleiter) zu, die mit Ihnen zusammenarbeiten müssen. Im Rahmen der buchhalterischen Aufbewahrungsfristen werden Ihre Daten bis zu 10 Jahre nach Ablauf Ihrer Mitgliedschaft aufbewahrt. Sie haben jederzeit das Recht, Ihre Daten einzusehen.

Der politische Witz I

Freistellung vom Militär: In Italien verbietet es das Gesetz, daß Vater, Sohn und Enkel zugleich Militärdienst leisten. Dies' ist ein echter Text einer Eingabe um Befreiung vom Militär in Italien:

„Sehr geehrter Herr Verteidigungsminister, erlauben Sie mir bitte die Freiheit, Ihnen respektvoll Folgendes zu unterbreiten, und ich bitte Sie um Ihre wohlwollende Bemühung, die Angelegenheit rasch zu bearbeiten. Zur Zeit warte ich auf den Einzug ins Militär, bin 24 Jahre alt und mit einer 44jährigen Witwe verheiratet, welche eine Tochter von 25 Jahren hat. Mein Vater hat besagte Tochter geheiratet. Somit ist mein Vater mein Schwiegersohn geworden, da er ja die Tochter meiner Frau geheiratet hat... Zudem ist meine Tochter meine Stiefmutter geworden, da sie ja meinen Vater geheiratet hat. Meine Frau und ich haben letzten Januar einen Sohn bekommen. Dieser ist Bruder der Frau meines Vaters, somit der Schwager meines Vaters. Außerdem ist er auch mein Onkel, da er ja der Bruder meiner Stiefmutter ist. Mein Sohn ist also mein Onkel.

Die Frau meines Vaters hat an Weihnachten einen Sohn bekommen, der zugleich mein Bruder ist, da er ja Sohn meines Vaters ist, und mein Enkel ist, weil er Sohn der Tochter meiner Frau ist. Ich bin also der Bruder meines Enkels und da der Ehemann der Mutter einer Person ja der Vater ist, resultiert, daß ich der Vater der Tochter meiner Frau bin und Bruder ihres Sohnes. Also bin ich mein Großvater. - Nach diesen Erklärungen, sehr geehrter Herr Minister, bitte ich Sie, mich von der Militärdienst-pflicht zu befreien, da das Gesetz verbietet, daß Vater, Sohn und Enkel zugleich Militärdienst lei-sten. Ich bin von Ihrem Verständnis, hoch verehrter Herr Minister, überzeugt, und bitte Sie, meine vorzügliche Hochachtung zu akzeptieren.“

In den Akten steht: Der besagte junge Mann wird wegen psychischer Unstabilität und beunruhigende mentale Störungen, verursacht durch ein gestörtes Familienklima, vom Militärdienst befreit.

Der politische Witz II: Özil? Gomez? Gündogan? Khedira? Boateng? Mustafi?

Ist das die deutsche Nationalmannschaft oder die Nachtschicht bei Mc. Donalds?

Impressum, Herausgeber: Freie Bürger Union (FBU), Landesverband Saar.

Heimseite, www.saar-fbu.de, Mailkasten: kontakt@saar-fbu.de

V.i.S.d.P.: FBU LV Saar, Postfach 1499, PLZ 66714 Saarlouis.

Erscheinungsweise: (Mindestens) 4 Ausgaben im Jahr, quartalsmäßig.

Bezugspreis: Im Mitgliedsbeitrag enthalten, sonst freiwillige Spenden.